

**Ergebnisprotokoll
der 10. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 09.06.2016**

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 15.55 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Crueger
Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Schwarz

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

II Verwaltung

Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Viering
Herr Polzin
Frau Kamp
Herr Musiol
Frau Rüpke
Herr Eickhoff
Herr Dr. Lampe
Frau Gerken
Frau Pieper
Herr Koch

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

ASV
BBN

III Gäste

Herr Oertel
Herr Dr. Steinbrück

Naturschutzbeirat
Landesbehindertenbeauftragter

IV Gastdeputierte

Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Saxe
Herr Bücking
Herr Strohmann
Herr Scharf
Herr Buchholz

SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
CDU-Fraktion
CDU-Fraktion
FDP-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 10. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll der Sondersitzung am 06.01.2016 -Protokoll 19/8 der Sitzung am 14.04.2016)	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Studentisches Wohnen ausbauen - zusätzliche Wohnungen beim Studentenwerk schaffen - 7, SWGV-	Vorlage 19/146
-------	--	-------------------

Herr Janßen begrüßt es, dass zumindest 400 Wohnungen gebaut werden sollen. Seine Fraktion habe außerdem gefordert, ein Programm zu entwickeln, mit dem man noch weitere Bauvorhaben realisieren könne, um den zusätzlichen Bedarf abzudecken, der nachweislich beim studentischen Wohnen bestehe. Dazu werde hier relativ lapidar geantwortet, dies gehe angesichts der Haushaltslage nicht. In Bremen liege der Anteil der Studierenden, die BAFöG beziehen im Vergleich zu anderen Städten überdurchschnittlich hoch. Private Anbieter würden oft Wohnraum in einem anderen Preissegment schaffen. Deshalb sehe seine Fraktion hier nach wie vor die Verpflichtung, entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Auch die SPD-Bürgerschaftsfraktion habe in der letzten Legislaturperiode festgestellt, dass man die Lücke zum Bundesdurchschnitt von 10% schließen müsse und dafür 1.000 neue Wohnungen brauche. Diese Forderung halte er nach wie vor für wichtig und richtig. Zum Vario Wohnraumprogramm möchte er wissen, ob Förderanträge gestellt wurden.

Herr Bücking stellt fest, dass die vereinbarten 400 Wohneinheiten in dieser Legislaturperiode erreicht würden. Um 1.000 Wohneinheiten zu schaffen, müssten neben dem Studentenwerk

andere Anbieter mit eine Rolle spielen, mit allen Vor- und Nachteilen. Bei einer großen Zahl von Konzepten für Übergangswohnheime werde gesagt, dass diese grundsätzlich auch geeignet seien für studentisches Wohnen, wenn sie nicht mehr von Flüchtlingen genutzt werden. Diese Baustruktur mit einer großen Zahl an kleinen Wohnungen könnte möglicherweise eines Tages hier hilfreich sein. Er bittet um eine Auflistung, in wie vielen und in welchen dieser Übergangswohnheime diese Doppelnutzung angestrebt sei und wie tatsächlich die eine Nutzung in die andere Nutzung übergehen könne.

Herr Schomaker ist der Meinung, aufgrund der Haushaltsnotlage müsse man hier mehr auf private Investoren setzen und diese dann nachhaltiger unterstützen, indem soweit möglich, Bauplätze und Baugrund vergünstigt zur Verfügung gestellt werden. Er sehe nicht die Möglichkeit, mit öffentlichen Geldern schnell in die Umsetzung zu schreiten. Da es offensichtlich noch reichlich Gesprächsbedarf gebe, werde sich seine Fraktion enthalten.

Frau Neumeyer bittet um Zahlen, wie sich das Bundesprogramm Vario auswirke und wie viele Anmeldungen es für dieses Programm gebe. Es sei nicht befriedigend, dass Bremen aufgrund finanzieller Vorgaben nicht die Anzahl an Wohnungen schaffen könne, die nötig seien. Wenn es private Investoren gebe, müsse man diese besonders unterstützen.

Die Fragen zum Programm Vario werden im Anschluss an die Sitzung bilateral vom Ressort beantwortet.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) schließt sich dem Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz an und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um Übermittlung dieses Beschlusses an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Zustimmung

*bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion der FDP.*

TOP 5	Berichte der Verwaltung	
TOP 5a)	Novellierung der Bremischen Landesbauordnung -FB 01-	BdV schriftlich

Herr Viering erläutert die wesentliche Veranlassung und Anpassungsbedarfe der laufenden Novellierung.

Herr Pohlmann bittet darum, die Seniorenvertretung im weiteren Verfahren mit einzubeziehen. Er entnehme der Vorlage, dass dies auch vorgesehen sei.

Frau Neumeyer möchte wissen, ob aus anderen Bundesländern Erfahrungswerte vorlägen, wie hoch eine Quote an rollstuhlgerechtem Wohnraum sein könnte. Die Novelle werde erst ca. Mitte 2017 in Kraft treten, der Bedarf an rollstuhlgerechtem Wohnraum bestehe aber bereits jetzt.

Herr Janßen findet den Trend hochproblematisch, dass nach und nach Aufgaben der Gewerbeaufsicht verlagert werden hin zu einer Selbstkontrolle, wie auch in dieser Vorlage vorgesehen. Dies sei der falsche Weg. Die Gewerbeaufsicht müsse finanziell und personell so ausgestattet werden, dass sie ihren Auftrag auch wahrnehmen könne. Die Formulierung zu den Bunkern sei relativ weich, es sei eine „kann- Vorschrift“ und nicht ein Genehmigungsverfahren vorgesehen, welches der entschlosseneren Weg wäre.

Herr Bücking hält diese Regelung, auch aus der Erfahrung eines Bunkerabrisses in der östlichen Vorstadt heraus, für völlig angemessen. Wenn man feststelle, dass es mit dem Abbruch eines Bunkers ein Problem geben könnte, könne man ein besonderes Verfahren einleiten. Bei vielen Bunkern seien bei einem Abriss keine weitreichenden Folgen zu erwarten und dann auch kein Genehmigungsverfahren angezeigt. Die hier vorgeschlagene Regelung sei überzeugend.

Herr Viering berichtet, dass beispielsweise Niedersachsen eine Quote für rollstuhlgerechte Wohnungen habe, die relativ hoch sei. Allerdings seien dort die Anforderungen für „normal“ barrierefreie Wohnungen weit weniger weitreichend als in Bremen. Auch vor dem Hintergrund von Kostenentwicklung im Wohnungsbau werde man im weiteren Verfahren überlegen, wie damit umgegangen werden solle. Der Bedarf sei vorhanden. Bisher werbe das Ressort bei den Bauherren dafür und gelegentlich gelinge es auch ein kleineres Kontingent rollstuhlgerechter Wohnungen bei einem Bauvorhaben auszuhandeln. Aber öffentlich rechtlich verbindlich durchzusetzen sei nur eine gesetzliche Regelung.

Die Frage nach den Genehmigungsverfahren habe sich am Beispiel der Bunker entzündet, aber es könne auch andere schwierige Abbruchverfahren geben. Dann sei es geeignet, im Rahmen von Ermessen ein Genehmigungsverfahren zu fordern. Umgekehrt gebe es auch unproblematische Bunkerabbrüche. Deswegen der Vorschlag, hier mit Ermessen zu arbeiten.

Herr Dr. Steinbrück berichtet, dass in Rheinland- Pfalz vor kurzem die Landesbauordnung novelliert und eine verbindliche Quote für rollstuhlgerechte Wohnungen eingeführt wurde. In Nordrhein-Westfalen befinde sich die Novellierung der dortigen Landesbauordnung in einem parlamentarischen Verfahren und auch dort solle eine entsprechende Quotenregelung eingeführt werden. Neben der Werbung für den Bau von rollstuhlgerechten Wohnungen im Rahmen der Wohnungsförderung durch das Ressort, habe sich durch das Betreiben der Beratungsstelle COMFORT für barrierefreies Bauen und Wohnen eine recht gute Zusammenarbeit mit der Gewoba herausgebildet, die dort, wo sie selbst baue, immer auch das Thema rollstuhlgerechtes Wohnen im Fokus habe. Insgesamt seien es aber immer noch Einzelfälle, die nicht ausreichten, um ein befriedigendes Angebot an rollstuhlgerechten Wohnungen zu schaffen. Es sei auch wichtig, darauf zu achten, dass das Wissen um den Bestand an rollstuhlgerechten Wohnungen nicht verloren gehe. Wenn eine rollstuhlgerechte Wohnung mangels Nachfrage an einen nicht rollstuhlnutzenden Menschen vermietet werde, was ja durchaus gestattet sei, könne in Vergessenheit geraten, dass diese Wohnung rollstuhlgerecht sei.

Herr Pohlmann geht davon aus, dass die Deputation nach den anstehenden Beteiligungsverfahren erneut mit dem Thema begrüßt werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 5b)	Genehmigungspflicht Großraum- und Schwerlasttransporte über Bremer und Bremerhavener Straßen - ASV -	BdV schriftlich	L/S
----------------	--	--------------------	-----

Herr Saxe stellt fest, dass insgesamt eine deutlicher Anstieg der Antragszahlen vorliege und fragt nach dem Grund dafür. In der Vorlage werde erwähnt, dass einzelne Brücken von bestimmten Schwerlasttransporten nicht mehr befahren werden dürfen. Er möchte wissen, ob ein Zusammenhang zur gestiegenen Zahl der Anträge bestehe.

Herr Schomaker fragt nach der Anzahl der Schwertransporte, die durch die Polizei begleitet wurden.

Frau Pieper berichtet, dass deutlich mehr Anträge in Bremen gestellt werden, die auch an einem anderen Ort hätten gestellt werden können. Dies erkläre sich damit, dass die Antragsbearbeitung in Bremen jetzt sehr gut laufe. Gleichzeitig gebe es einen deutlichen Zuwachs an Anträgen eines einzelnen Unternehmens, das Teile von Windkraftanlagen

transportiere. Insgesamt sei bundesweit eine Zunahme dieser Transporte festzustellen. Wenn ein Transport beantragt werde, der über Brückenbauwerke führen solle, werde ab bestimmten Lasten in jedem Einzelfall geprüft, ob die Fahrzeuge über diese Brückenbauwerke fahren können. Dies sei Bestandteil der Genehmigung. Grundsätzlich werde eine Brücke durch jedes schwere Fahrzeug, das darüber fahre auch weiter geschädigt. Dies gelte auch für jeden LKW. Das im Bericht genannte Brückenbauwerk liege auf niedersächsischem Gebiet, insofern sei Niedersachsen für eine mögliche Brückenertüchtigung zuständig. Die Zahlen der Transporte, die von der Polizei begleitet werden, werde sie bilateral nachreichen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 5c)	Umsetzung der EG-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL); Maßnahmenprogramm nach § 55 h Absatz 1 WHG - 32 -	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass die Maßnahmen vor allem zwei Bereiche betreffen, die Reduzierung von Müll, insbesondere Plastikmüll und die Schiffemissionen. Daher regt sie an, diesen Bericht an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen weiter zu leiten.

Die Deputation stimmt dem Antrag auf Ergänzung des Beschlussvorschlags einstimmig zu.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Bericht dem Hafenausschuss zur Kenntnis weiter zu leiten.

Einstimmig.

TOP 5d)	Glyphosat- Einsatz, Auswirkungen und Alternativen in Bremen und Bremerhaven - 3, 35, G -	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Herr Staatsrat Meyer verweist auf die Tagespresse, der zu entnehmen war, dass der UBB seit Anfang des Jahres kein Glyphosat mehr verwende.

Herr Saffe stellt fest, dass die Bewertung von Glyphosat nach wie vor sehr unklar sei. Es sei erfreulich, dass in Bremen zumindest öffentlich nicht sehr viel Glyphosat verwendet werde. Im Bericht werde eine bestimmungsgemäße und sachgerechte Anwendung als harmlos dargestellt. Dies sei schwer zu prüfen, aber zumindest könne es in Baumärkten nicht mehr erworben werden. Der Umweltbetrieb sei hier vorbildlich. Solange nicht hundertprozentig belegt sei, dass Glyphosat nicht krebserregend sei, sollte man davon absehen und nur die Alternativen anwenden, die auch im Bericht benannt werden. Auch für die Landwirtschaft gebe es alternative Möglichkeiten.

Herr Imhoff erklärt, dass mittlerweile eine abgeschlossene landwirtschaftliche Ausbildung nicht mehr ausreiche, um Spritzmittel aufbringen zu dürfen, sondern man müsse einen Sachkundenachweis führen und alle zwei Jahre einen Sachkundelehrgang nachweisen, um entsprechende Mittel erwerben und anwenden zu dürfen.

Herr Bücking meint, dass noch vor der Entscheidung über die Frage, ob es krebserregend sei, schon ausreichend Gründe vorlägen, die gegen Glyphosat sprechen, wie die Verarmung der Fauna und die Schädigung der Insekten.

Herr Crueger stellt klar, dass man immer noch fast nichts über Glyphosat wisse. Insofern sei Forschung wichtig. Glyphosat sei zudem nicht der einzige problematische Stoff, man habe insgesamt ein Problem mit Wasserverschmutzung. Ansätze wie ressourcenschonender Umgang, möglichst wenig Verwendung von Pestiziden, Herbiziden, Fungiziden usw. in der Produktion und in der Landwirtschaft seien zwar richtig, aber vor allem sei es wichtig, mehr Forschung zu betreiben. Trotz all der Aufregung auf Bundesebene habe sich der Erkenntnisstand im Vergleich zur letzten Bewilligung nicht wirklich verändert.

Herr Saffe erinnert daran, dass für viele Vögel wie Goldammern, Rebhühner und Lerchen das Nahrungsangebot knapp werde, weil Kleinstgetier und Insekten den Glyphosateinsatz nicht überleben. Das alleine sei schon ein Grund, unabhängig von den Auswirkungen auf Menschen, auf den Einsatz zu verzichten.

Frau Dr. Schaefer ergänzt, dass für Biologen wichtig sei, ob ein Pestizid persistent im Boden sei, wie lange es im Boden bleibe, ob es abbaubar sei und wie es sich im Boden und bei der Tierwelt auswirke. Studien zufolge gebe es inzwischen nur noch ein Viertel aller Insekten im Vergleich der letzten 20 Jahre. Dies bedeute aber gleichzeitig auch einen Rückgang der Vogelfauna usw. Hier sei es durchaus wichtig, zwischen den verschiedenen Pestiziden und ihren Auswirkungen zu differenzieren.

Herr Senator Dr. Lohse warnt davor, sich auf einen Stoff zu fokussieren. Die problematischen Stoffe änderten sich, die Industrie entwickle immer ein neues, chemisch verändertes Präparat, das dann nach einigen Jahren wieder eine ähnliche Problematik habe. Man könne nur versuchen, soweit es irgendwie gehe, auf solche Stoffe zu verzichten. Es gebe aber auch in Bremen bestimmte Bereiche, wie das Freihalten von Schienenwegen, wo man andere Prioritäten setzen müsse. Auf der anderen Seite habe man in Bremen zum Beispiel den Rhododendronpark, eine einzige große Monokultur. Monokulturen seien per se anfällig für massenhafte Vermehrung bestimmter Schädlinge. Man müsse mit einem gewissen Augenmaß betrachten, wie man die Aufgaben im öffentlichen Bereich gut wahrnehmen könne und gleichzeitig auf den Einsatz dieser Mittel soweit es geht zu verzichten bzw. weniger schädliche Mittel einzusetzen.

Herr Imhoff weist darauf hin, dass Bremen kein großer Ackerbaustandort sei, auch hier müsse man Maß halten. Der UBB gehe schon seit langem mit Spritzmitteln sehr vorsichtig um, er habe z.B. Rollbalken verwendet, um den Auftrag zielgerichtet auf die befallenen Blätter aufzubringen.

Frau Dr. Schaefer berichtet, dass auch der Landesverband der Kleingärtner schon lange darauf verzichte. Insofern gebe es mehrere positive Beispiele in Bremen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

TOP 5e)	Verwendung der Abwasserabgabe und der Wasserentnahmegebühr für die Jahre 2014 und 2015 (Bericht der Sondermittel 2014/2015) -3-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 5f)	Bundesmitten Sozialer Wohnungsbau - 73 -	BdV schriftlich
----------------	--	--------------------

Frau Neumeyer stellt fest, dass auch die Anträge zu den Schlichtwohnungen in der letzten Bürgerschaftsdebatte gezeigt hätten, wie wichtig das Thema sei. In Zukunft werde man sich noch sehr ausführlich damit zu beschäftigen haben.

Auf die Frage von **Herrn Janßen** antwortet **Frau Gerken**, dass der Prozentsatz in der Antwort zu Frage 1 tatsächlich vom Königsteiner Schlüssel abweiche. Die Mittel nach dem Entflechtungsgesetz hätten die Mittel abgelöst, die bis 2006 im Verwaltungsabkommen an die Länder abgeführt wurden. Damals wurde unterschieden zwischen Mitteln für den Westen und den- höheren - Mitteln für den Osten. Um Streit zu vermeiden habe man bei der Gesetzgebung 2006 den Prozentsatz aus dieser Verwaltungsvereinbarung übernommen. Da dies nicht mehr sachgerecht sei, werde nun zwischen dem Bund und den Ländern darüber verhandelt, welcher Schlüssel ggf. ab 2019 zur Anwendung kommen sollte.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 6	Verschiedenes	
--------------	----------------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Anteil bauträgerfreier Grundstücke in Bremen und Bremerhaven	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Neumeyer	Geplant am 08.09.2016
Fahrerlaubnis und Cannabispolitik	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Janßen	Geplant am 11.08.2016
Weidemilchprogramm des Grünlandzentrum Niedersachsen-Bremen	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saffe	Geplant am 11.08.2016

Herr Pohlmann schließt die 10. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll